

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint
in einer regelmäßigen Auflage von
4900 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Sonntag, Mittwoch und Freitag. Viertel-
jährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commanditen
60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf.,
durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint
in einer regelmäßigen Auflage von
4900 Exemplaren.

Freie Wahl!

Der freisinnige Antrag betr. den erhöhten Schutz der Wahlfreiheit hat den Reichstag in zwei Sitzungen beschäftigt; gestern haben ihn die Cartellbrüder mit Ausnahme einiger weniger Nationalliberalen durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Wir werden also abermals keine freien Wahlen haben.

Wer dictirt nun den Parteien das Ja oder Nein, das Für oder Gegen die Wahlfreiheit? Die Antwort lautet kurz und bündig: **Das Gewissen.** Das böse Gewissen in Bezug auf die Vergangenheit wie die Zukunft raunt dem, der sich zu entscheiden hat, das „Nein“ zu. Das gute Gewissen ruft laut „Ja“, selbst wenn man optimistisch genug ist zu glauben, daß nur ganz ausnahmsweise die freie Wahl beeinträchtigt wird.

Leider ist das Letztere nicht der Fall. Wir persönlich haben schon in mehreren Reichstagswahlen die Wahlkampagne mitgemacht, aber in keinem war die Wahl eine allgemein freie. Und wer möchte behaupten, sie sei es in unserm Kreise? Wäre einer so verwegend, dann möge er sich nur einmal unter der Maske eines freisinnigen Mannes an einen unabhängigen freisinnigen Wähler aus einem beliebigen Dorfe unseres Wahlkreises wenden. Wunderdinge wird er zu hören bekommen, Geschichten, die man bisher immer hat auf sich beruhen lassen, deren Wiederholung bei den nächsten Reichstagswahlen aber doch diesem und jenem übel bekommen könnte. Es wird überhaupt im deutschen Reiche nicht viele Wahlfreie geben, die nicht dringend des Schutzes der Wahlfreiheit bedürfen. Das haben insbesondere die Angstwähler vom 21. Februar 1887 bewiesen. Ohne den furchtbaren Terrorismus, der damals auf die abhängigen Wähler ausgeübt wurde, wäre die Cartell-Mehrheit des Reichstags nimmermehr zu Stande gekommen. Um nun diese Mehrheit dem Reichstage womöglich zu erhalten, muß der gegenwärtige Zustand der Wahlfreiheit auch noch länger andauern.

Die Beweise für den mangelhaften Schutz der Wahlfreiheit sind so erdrückend, daß eben nur ein böses Gewissen taub dagegen sein kann. Oder ist es etwa nicht erwiesen, daß Arbeiter vor dem Wahllocale antreten mußten, daß sie dort von ihren Vorgesetzten Stimmzettel erhielten und dieselben in der rechten Hand hochzuhalten verpflichtet wurden, bis sie in das Wahllocal eintraten, wo wieder andere Augen aufpaßten, daß keine Vertauschung mit einem etwa verborgen gehaltenen Stimmzettel erfolge? Ist es nicht erwiesen, daß die Stimmzettel statt in die Urne flach über einander auf einen Keller gelegt und dann in umgekehrter Reihenfolge fein säuberlich eröffnet wurden, so daß man genau controliren konnte, welcher Wähler diesen, welcher jenen Zettel abgegeben hat? Ist nicht vielfach constatirt worden, daß ländliche Arbeiter am Tage nach der Wahl die Kündigung erhielten, daß also der Gutsherr genau wußte, wie jeder gewählt hat? Und welchen Parteien sind ausnahmslos solche Verletzungen der Wahlfreiheit nachgewiesen worden? Stets den im Cartell vereinigten Parteien, eben denen also, die jetzt, um mit dem Volksmunde zu reden, mit unschuldiger Miene erklären: „Mein Name ist Hase, ich weiß von Nichts.“

Nein, wir haben keine Wahlfreiheit; wenigstens fehlt sie so vielfach auf dem flachen Lande und in den Industriezentren, daß dadurch die Zusammensetzung des Reichstags wesentlich beeinflusst wird. Die Cartellparteien haben sich gegen eine Besserung dieses unwürdigen Zustandes ausgesprochen. Es bleibt also nichts weiter übrig, als daß die unabhängigen Wähler überall selbst die Rechte der abhängigen Wähler wahrnehmen und jede Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der Letzteren zur Anzeige bringen, u. zw. auch in denjenigen Fällen, in denen der Candidat, zu dessen Gunsten die Wahlfreiheit verlegt wurde, unterliegt. Hier muß ganz energisch vorgegangen werden, damit die Wahlfälscher endlich einmal einen Denktzettel erhalten, der ihnen bei allen künftigen Wahlen in der Erinnerung haftet.

Tagesereignisse.

— Das deutsche Kaiserpaar wurde am Dienstag Mittag bei der Ankunft im Hafen von Malakocco von den städtischen Behörden feierlich empfangen. Die Musikcorps spielten die preussische Nationalhymne. Die Majestäten grüßten von der Brücke der „Hohenzollern“ aus und dankten für die dargebrachten Ovationen. Die

„Hohenzollern“ dampfte darauf alsbald nach Venedig, gefolgt von den italienischen Dampfern, auf denen sich die Mitglieder der Behörden und Vereine befanden. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr langte die „Hohenzollern“ unter Geschützsalut im Hafen von San Marco an. Der ganze Wasserweg war von einer zahllosen Menge von Gondeln angefüllt, von denen jubelnde Zurufe erschallten. Kaiser Wilhelm, die Kaiserin und Prinz Heinrich bestiegen um 3 Uhr 10 Minuten mit den Spitzen der Behörden die Barke der Municipalität. Gefolgt von einem imposanten Zuge von prachtvoll geschmückten Gondeln und Barken fuhren die Majestäten unter ununterbrochenen enthusiastischen Zurufen der Bevölkerung den großen Canal hinauf zum Bahnhof. Dort gab der Kaiser den Vertretern der Behörden bei der Verabschiedung die Hand und ersuchte den Syndicus, der Bevölkerung seinen Dank für die herzlichen Kundgebungen auszusprechen. Während die Kaiserin an Bord der „Hohenzollern“ zurückkehrte, fuhr der Kaiser nach Monza, wo er Abends 9 Uhr 45 Min. eintraf und am Bahnhof vom König Humbert, dem Kronprinzen und den Spitzen der Behörden empfangen wurde. Die Monarchen umarmten und küßten sich herzlich. Die Stadt war prächtig illuminiert. Die zahlreich angemasste Bevölkerung begrüßte den Kaiser enthusiastisch. Abends fand Familiendiner statt. Gestern früh begab sich der Kaiser mit dem König Humbert zur Jagd, die Abends 5 Uhr endete. Es wurden 800 Fasanen geschossen. Abends 11 Uhr begab sich der Kaiser nach Verona, wo die Kaiserin ihn erwartete. — Die Rückkehr des Kaiserpaars nach Potsdam wird morgen früh erwartet. Heute fand die Zusammenkunft mit Kaiser Franz Josef in Innsbruck statt, wohin der Letztere gestern Abend mit seinem Gefolge und unserem Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, abgereist war.

— In den Erörterungen des Staatssekretärs von Bötticher mit dem Reichskanzler handelte es sich namentlich um den Termin für die Reichstagswahlen. Es heißt, daß die Behörden zu beschleunigter Aufstellung der Wählerlisten angehalten werden sollen, die bekanntlich vier Wochen vor dem Wahltag zur Kenntnisknahme der Wähler ausgelegt werden müssen. Das deutet auf einen sehr nahen Wahltermin. Man nimmt an, daß der Reichstag, wenn irgend möglich, noch vor Weihnachten geschlossen werden und daß dann die Neuwahlen im Anfang des nächsten Jahres stattfinden sollen.

— Der geschäftsführende Ausschuss des deutschen Emin-Bascha-Comités hat gestern beschlossen, durch Vermittelung des kaiserlichen Reichscommissars Hauptmann Wischmann, dem durch das Gebiet der deutsch-afrikanischen Gesellschaft nach der Küste marschierenden Emin Bascha zur Erleichterung seines Zuges, für einen namhaften Betrag Tausch-Artikel und Lebensmittel zuzufenden.

— Die von Hauptmann Wischmann in die Küstenlandschaften Useguba und Usambara entsandten Streifcorps der deutschen Schutztruppe haben ein befestigtes Lager der aufständischen Araber erstürmt und die feindlichen Banden zerstreut. Die Verübung der genannten Küstenlandschaften nimmt nach einer officiellen Meldung einen günstigen Verlauf.

— Ein Zwischenfall, der sich in der bairischen Abgeordnetenkammer zugetragen, wird sehr lebhaft besprochen. Der ultramontane Abg. Dr. Daller wurde während seiner Rede von der Linken häufig unterbrochen. Da rief er plötzlich aus: „Meine Herren, reizen Sie mich nicht, sonst spreche ich vom Jahre 1886.“ (Große Entrüstung links. Zurufe: Was? Was soll das heißen? Heraus damit! Was wollen Sie denn? Aufklärung! Reden Sie! Große Unruhe. Mehrere Abgeordnete verlassen ihre Plätze.) Dr. Daller fährt während dieser Zurufe fort: „... wo wir es waren, die dem bairischen Königshaus die materielle Existenz gerettet haben.“ (Sehr wahr! rechts, große Unruhe links; Glocke des Präsidenten. Der Präsident: „Das gehört nicht zur Sache.“) Dr. Daller fährt, sichtlich von der Wirkung seiner Worte betroffen, fort: „Ich sage nur Eines: Wir weisen den Vorwurf der Staatsgefährlichkeit zurück, sowohl in Bezug auf Personen als in Bezug auf Institutionen.“ Der Abgeordnete Daller wird nicht umhin können, diese Worte, welche allgemeine Aufmerksamkeit erregt haben, näher zu erklären. Vorläufig befindet man sich in den weitesten Kreisen

im Unklaren darüber, welches die Verdienste gewesen sein sollten, die das Centrum sich im Jahre 1886 (es war das Jahr, in dem die Krankheit des Königs Ludwig II. zum verhängnisvollen Ausbruch kam) um das bairische Königshaus erworben haben sollte.

— Die deutsch-österreichische Waffenbrüderschaft wird der Welt bei jeder passenden Gelegenheit vor Augen geführt. So ankerten vorgestern in der Bucht von Muggia die deutschen Panzerschiffe „Deutschland“, „Friedrich der Große“ und „Preußen“. Der von denselben gegebene Salut der österreichischen Flagge wurde vom Castell erwidert. Weiter wird der „Neuen Freien Presse“ aus Pola gemeldet, Prinz Heinrich von Preußen werde sich nach der Abreise des Kaisers und der Kaiserin mit der Corvette „Trene“ auf drei Tage nach Pola begeben, woselbst auf Befehl des Kaisers Franz Josef der Marine-Obercommandant Admiral v. Sterned eintreffen und dem Prinzen die Honneurs machen werde. Endlich meldet „W. Z. B.“ aus Triest vom 13. d. M.: „Die Commandanten der Schiffe des deutschen Geschwaders statten heute unter Führung des Capitäns zur See v. Reiche und in Begleitung eines officiellen Besuchs ab und wurden vom Hofrath Neha, als Vertreter des durch Unwohlsein verhinderten Statthalterleiters, empfangen.“

— Der Große Rath von Bern genehmigte vorgestern einstimmig die Fusion der Jura-Bern-Eisenbahn mit den Schweizerischen Westbahnen, sowie den Verkauf der Eisenbahnlinie Bern-Luzern an die fusionirte Gesellschaft. Dieser Beschluß unterliegt nunmehr noch der Volksabstimmung. Als Termin der Volksabstimmung ist der 8. December festgesetzt.

— Die neue belgische Kammeression ist vorgestern ohne besondere Feierlichkeiten eröffnet worden; das bisherige Präsidium und Bureau wurden wiedergewählt. — Von den Studirenden ist eine Petition zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts eingegangen, gegen 200 Studirende hatten sich persönlich nach dem Kammerpalaste begeben, um dieselbe zu überreichen.

— Vorgestern sind die französischen Kammern eröffnet worden. Der Senat vertagte sich nach einer kurzen geschäftlichen Sitzung auf Montag. Die Sitzung der Deputirtenkammer eröffnete der Alterspräsident Pierre Blanc mit einer Ansprache, in welcher er constatirte, daß die Republik nunmehr zum fünften Male über den Angriff ihrer verbündeten Feinde triumphirt habe. Die Kammer müsse der Wiederkehr schmerzlicher Prüfungen begegnen, indem sie die Unzufriedenheit beseitige, welche solche Prüfungen veranlaßte. Er hoffe, die Kammer werde nicht wieder in früher begangene Fehler verfallen, und aufreizende Streitigkeiten, sowie unfruchtbare Discussionen vermeiden. Blanc erinnerte ferner an den Erfolg der Ausstellung, welche Frankreich bei allen Nationen zum Ruhm gereiche, und fügte hinzu: „An uns ist es jetzt, Frankreich glücklich zu machen, indem wir ihm Ruhe, Arbeit, wirtschaftliche Sparsamkeit und sociale Gerechtigkeit geben.“ Hierauf begann die Abstimmung zur Wahl eines provisorischen Präsidenten. Floquet wurde mit 348 von 510 abgegebenen Stimmen gewählt. Vicepräsidenten wurden Casimir Perier und Develle. Floquet sprach seinen Dank für die Wahl aus; sodann vertagte sich die Kammer bis Donnerstag zur Vornahme von Wahlprüfungen. — Mehrere boulangistische Abgeordneten gaben im Palais Bourbon einen Protest gegen die Wahl Joffrins in Paris ab. Am Ausgang der Deputirtenkammer kam es zu einzelnen Zwischenfällen, wobei die Boulangisten Déroulède, Le Hérisse und Boudreau, sowie der Redacteur des „Drapeau“, Fousin verhaftet wurden. Dieselben wurden erst Abends 9 Uhr auf freien Fuß gesetzt und werden eine Beschwerde gegen den Polizeioffizianten einreichen, der sie verhaften ließ. Im Laufe des Nachmittags wurden noch ca. 60 Personen verhaftet. Die Verhaftungen sind lediglich erfolgt wegen der Weigerung, den Anordnungen der Polizeibeamten nachzukommen, welche beauftragt waren, die Ansammlung von Gruppen zu verhindern. — Die von den Boulangisten beabsichtigte Demonstration auf dem Concordienplatz ist vom Central-Boulangisten-Comité selbst als unzumuthbar bezeichnet worden. Gleichwohl bewegte sich Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr eine zahlreiche Menge mit Déroulède, Kaisant, Baully, Mery, Castelin, Menorval, Mermeir, und anderen boulan-

Parlamentarische Nachrichten.

Im Reichstage begann am Dienstag die zweite Berathung des Etats. Abg. Richter brachte aus Anlaß der bekannten Aeußerung des Kaisers die Angelegenheit des Denkmals für Kaiser Wilhelm zur Sprache, indem er die Punkte hervorhob, in denen diese Aeußerung sich mit der ganzen bisherigen Richtung der Angelegenheit im Widerspruch befindet. Redner sprach sich gegen die Niederreißung der Schlossfreiheit zur Gewinnung eines Denkmalplatzes aus. Minister v. Boetticher antwortete, daß zur Entscheidung über die Platzfrage dem Bundesrath und Reichstag demnächst eine Vorlage zugehen werde unter Mittheilung des gesammten Materials. Es ging aus den Aeußerungen des Ministers nicht klar hervor, ob und inwieweit die Aeußerung des Kaisers als Directive für diese Vorlage betrachtet werden soll. Der antisemitische Abg. Böckel hielt es für angemessen, bei der Etatsposition „Gehalt des Reichstanzlers“ die Frage der Abzahlungs-geschäfte zur Sprache zu bringen. Minister v. Boetticher erinnerte daran, daß eine Enquete hierüber bereits stattgefunden habe. Abg. Richter machte darauf aufmerksam, daß die Regierung auf die Anregung des Herrn v. Bennigsen wegen Einsetzung eines verantwortlichen selbständigen Reichsfinanzministers noch keinerlei Antwort gegeben habe. Er fragte den Minister v. Boetticher, wie der Reichstanzler über die Sache denke. Herr v. Boetticher erklärte, darüber keine Auskunft geben zu können, und meinte fast gering-schätzig, daß das, was ein einzelner Abgeordneter bei irgend einer Gelegenheit vorbringe, noch nicht hinreichen könne, den Bundesrath in Trab zu bringen. Herr v. Bennigsen saß ruhig dabei, hörte alles mit an und schwieg fein säuberlich still, ohne seinen Gedanken wegen Einsetzung eines selbständigen Reichsfinanzministers irgendwie wieder aufzunehmen. Im Weiteren erledigte das Haus den Etat der Reichsjustizverwaltung. Bei demselben sprach der freisinnige Abg. Dr. Baum-bach den Wunsch und die Erwartung aus, daß die Arbeiten für die Fertigstellung des bürgerlichen Gesetzbuches bald weiteren Fortgang nehmen und nicht durch die herrschenden Streitfragen darüber zu lange verzögert werden mögen. Staatssecretär im Reichsjustizamt Dehlschlager gab eine zustimmende Antwort, indem er hervorhob, daß gegenwärtig die Regierung sich eifrigst mit der Frage beschäftige, und gab der Zuversicht Ausdruck, daß trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten das einheitliche bürgerliche Gesetzbuch noch in diesem Jahrhundert zu Stande kommen werde. Das Haus begann darauf noch die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, die jedoch nicht über den ersten Titel hinauskam. Die Debatte hierbei drehte sich im Wesentlichen um die Berichte der Fabrikinspectoren, denen Abg. Frohme Parteilichkeit vorwarf, während Minister v. Boetticher sie in Schutz nahm.

Gestern führte der Reichstag die Berathung über den Antrag Ricker, betr. die Beobachtung der Wahlvorschriften seitens der Behörden zu Ende. Als Vorsitzender der Wahlprüfungscommission machte Abg. Dr. v. Marquardsen den Versuch, die Wahlprüfungscommission für ihre Entscheidungen über die Gültigkeit der Wahlen in Schutz zu nehmen. Abg. Ricker hob nochmals ausführlich die mannigfachen vorgekommenen WahlverstöÙe hervor und betonte, daß in einer Reihe derselben ausdrücklich das Vorliegen von Wahlunordnungen anerkannt und nur von Beweis-erhebungen mit Rücksicht auf die Unerheblichkeit für das Resultat der Wahl abgesehen sei. Er machte namentlich noch auf das badische Umtsverfändigerwesen aufmerksam und kennzeichnete in seinen weiteren Ausführungen die eigenartige Auslegung des Socialistengesetzes durch den badischen Bundesbevollmächtigten, der es als vollkommen gerechtfertigt hingestellt hatte, daß man ein Redner, dessen Reden einmal zur Ausübung einer Versammlung geführt, überhaupt nicht

mehr zum Worte lasse. Der badische Bevollmächtigte Frh. von Marschall trat mit gewohntem Pathos für die badischen Behörden ein. Er vermied es jedoch auf die Ausführungen des Abg. Ricker selbst einzugehen, suchte ihn vielmehr lediglich durch solche Fälle zu widerlegen, die dieser gar nicht erwähnt hatte. Die conservativen Redner Hegel und Müller ergingen sich in Aussäßen gegen die freisinnige Partei, letzterer in wüthig sein sollenden Redensarten, die jedoch der Präsident selber für parlamentarisch unzulässig erklären mußte. Abg. Singer (Soc.) wandte sich vornehmlich gegen den badischen Bevollmächtigten. Nach einem Schlußwort des Antragstellers Abg. Ricker, in welchem dieser die Ausführungen der conservativen Redner kritisirte, beschloß das Haus die motivirte Tagesordnung, für welche die Cartellparteien mit Ausnahme einiger Nationalliberalen stimmten. — Heute wird die zweite Berathung des Etats fortgesetzt.

In der Dienstag-Sitzung der Budgetcommission des Reichstags erklärte Staatssecretär von Malgahn u. A. auf eine Anfrage bezüglich der Aussichten der Londoner Zucker-Convention, daß von der deutschen Reichsregierung der im Mai d. J. in London stattgehabten Conferenz der Entwurf eines seiner Zeit auf Grund der Convention in Deutschland zu erlassenden Gesetzes vorgelegt worden und daß dieser Entwurf seitens der an der Conferenz theilnehmenden Staaten unbeanstandet geblieben sei. Im Uebrigen aber lasse sich über das Schicksal der Convention etwas Bestimmtes noch nicht sagen, da keineswegs feststehe, ob dieselbe allseitig ratificirt werden würde. — Gestern trat die Commission in die Berathung des Marineetats ein. Die Cartellparteien bewilligten Alles, was regierungsseitig verlangt wird, während alle übrigen Parteien geschlossen gegen eine Reihe von Forderungen stimmten, insbesondere gegen die neue Stelle eines Viceadmirals.

Die Socialistengesetz-Commission des Reichstags hat am Dienstag Abend ihre Sitzungen begonnen, bei § 1 sowohl die von dem nationalliberalen Abg. Kulemann eingebrachten Verschärfungen als auch die von dem freisinnigen Abg. Mündel beantragten Milderungen abgelehnt und dann den § 1 in der Fassung der Regierungs-Vorlage angenommen. Dafür stimmten nur die Mitglieder der Cartellparteien.

Der Meldung, daß der Bundesrath sich mit einer Vorlage, betreffend den Bau strategischer Eisenbahnen im Osten und Westen des Reiches beschäftigt, wird officiell entschieden widersprochen.

In der Thronrede zur Eröffnung des sächsischen Landtags wird die günstige wirtschaftliche Lage und die Besserung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen hervorgehoben. Der Staatshaushalt ergebe nicht nur reichliche Mittel zur Förderung aller Zweige der Staatsverwaltung und der Interessen von Wissenschaft und Kunst, sondern auch zu Beiträgen an die Schulgemeinden zur Besoldung der Lehrer neben der bisher schon gewährten Ueberweisung eines Theiles der Grundsteuer. In Verbindung damit solle eine allgemeine Ermäßigung des Schulgeldes in den Volksschulen und eine verhältnismäßige Erhöhung des Minimalgehalts der Lehrer stattfinden. Die Regierung hält für die Finanzperiode von 1892/93 eine durchgreifende Verbesserung der Beamtengelder in Anbetracht der in der jüngsten Zeit eingetretenen Steigerung der Arbeitslöhne und eines Theiles der Waarenpreise für erforderlich. Schon für die nächste Finanzperiode schlägt die Regierung den Wegfall der Pensionsbeiträge für alle Beamten, Geistlichen und Lehrer vor, und um schon jetzt der Lage der niedriger besoldeten Beamten, welche von der Preissteigerung am empfindlichsten getroffen werden, eine verhältnismäßige Erleichterung zu Theil werden zu lassen, wird die einseitige Gewährung von Beihilfen an Letztere beantragt werden. Es wird ferner vorgeschlagen, der Frage der Gewährung von Pensionen an berufsmäßige Gemeindebeamte in Städten mit der Städteordnung für mittlere und

kleine Städte und in Landgemeinden gesetzgeberisch näher zu treten. Angekündigt werden Gesetzentwürfe über Grundstückszusammenlegung, Veränderungen der allgemeinen Armenordnung und die Kosten in Sachen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit. Der nicht geübte Verkehrsausschlag mache eine Vermehrung der Betriebsmittel der Eisenbahnen erforderlich. Zugleich wird die Erbauung mehrerer Localbahnen vorgeschlagen zur Hebung des wirtschaftlichen Wohlstandes der bis jetzt von den Wohlthaten des Eisenbahnverkehrs nicht berührten Landestheile.

Die zweite sächsische Kammer wählte vorgestern mit Acclamation Dr. Haberkorn (Zittau), den Oberbürgermeister Streitz (Zwickau) und den Handelskammerpräsidenten Georgi (Blauen) wieder in das Präsidium. Als Schriftführer wurden die Abgeordneten Speck und Ahnerst einstimmig wiedergewählt. Stellvertretende Schriftführer sind die Abgg. Möbius und Härtwig.

Der mecklenburgische Landtag ist gestern eröffnet worden.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten kam gestern der Centrumsantrag auf Rückberufung der Redemptoristen zur Berathung. Abg. v. Soden begründete denselben. Cultusminister v. Luz erklärte, er stehe dieser Frage wohlwollend gegenüber. Würde es sich um einen gewünschten Beweis des Wohlwollens gegen Baiern handeln, so würde der Bundesrath gewiß die Zurückberufung gestatten. Es handle sich aber um die principielle Durchführung eines Reichsgesetzes. Die bayerische Regierung werde daher bei dem Bundesrathe nachzuweisen haben, daß die Redemptoristen keine den Jesuiten verwandte Congregation seien. Nachdem von Schau noch namens der Linken erklärt hatte, daß sie dem Antrage nicht zustimmen könne, wurde der Antrag des Centrums mit 81 gegen 74 Stimmen angenommen.

22]

Die Spionin.

Von Willibald Wenke.

„Dann wissen Sie nicht, mit wem Sie es zu thun haben. Gewiß, ich bin der Erbe eines glanzvollen Namens und eines bedeutenden Vermögens. Aber Sie irren, wenn Sie annehmen, daß meine Hülfquellen uner schöpft sind. Meine Familie hat durch die Aufhebung der Leibeigenschaft mehr als ein Drittel ihres Vermögens verloren. Die Liebhaberei und das luxuriöse Leben eines jungen russischen Aristokraten haben fast Alles verschlungen, was mir mein Vater hinterlassen hat. Erst gestern hat mir mein Intendant erklärt, daß ihm zur Deckung einiger zu Neujahr fälliger Wechsel nichts übrig blieb, als mein Palais am englischen Quai zu verkaufen.“

„Und was gedenken Sie zu thun?“

„Nun! Was liegt daran? Ich verkaufe. Trägt der Besitz des alten Palais etwas zu meinem Glück bei? Nicht das Geringste. Im Gegentheil! Ich fühle mich unbehaglich in dem großen Hause.“

„Es ist der Stammsitz Ihrer Familie.“

„Allerdings. Im Anfange konnte ich mich auch mit diesem Gedanken nicht recht befreunden. Indes, die Nothwendigkeit fragt nicht darnach, ob sie angenehm ist, wenn sie kommt; sie kommt eben. Das letzte Mittel, ihr auszuweichen, habe ich heute Abend versucht. Ich habe zehntausend Rubel flüssig gemacht und dem Herrn Marquis de l'Orme meinen Besuch abgestattet. Sie haben gesehen, wie es mir ergangen ist. Ich werde Mühe haben, Ihnen morgen Ihre fünftausend Rubel zu schicken.“

„O, mein Fürst!“

„Aber ich werde sie Ihnen schicken, das versteht sich. Vielleicht ist es besser für mich, wenn die Dinge ihren Lauf nehmen, wie ich es jetzt voraussehen kann. Ich werde mein Palais verkaufen und mit dem Erlös meine Schulden decken. Dann bleibt mir noch immer mein Gut bei Beskow, von dessen Erträgen ich ein ehrliches bürgerliches Dasein fristen kann. Es wird mir vielleicht Vergnügen machen, unter meinen Bauern umherzugehen und meinen Kohl selbst zu pflanzen, worin ja nach dem alten Horaz der Gipfel der Glückseligkeit besteht. Ich

habe, wie Sie sehen, ein sehr glückliches Naturell, vor allen Dingen besitze ich auch jenes Quantum von Leichtsinne, welches jedem guten Russen im Blute steckt, und wer weiß, ob ich, wenn ich der Reize des Landlebens überdrüssig bin, nicht Lust bekomme, als Nihilist mein Glück zu versuchen. Ich kenne einen Mann aus einer ebenso angesehenen Familie wie diejenige, deren Namen ich trage, und dieser Mann ist Beamter im Departement der öffentlichen Steuern mit einem Jahreseinkommen von 40 000 Rubeln. Warum sollte man nicht zufrieden sein, wenn das Schiffelein des Lebens zuletzt in einen solchen Hafen einläuft?“

„Sie scherzen, mein Fürst. Aber offen gestanden, ich begreife nicht — Darf ich meine Meinung gerade heraus sagen?“

„Ich bitte Sie darum.“

„Sie sind nicht bloß als der Abkömmling einer unerster Familien, Sie sind auch als ein Mann von großen Fähigkeiten bekannt.“

„In welchen Kreisen, mein Herr?“ unterbrach der junge Fürst seinen Freund, der sich ihm als Stephan Goluboff vorgestellt hatte.

„In ganz Petersburg.“

„Sehr schmeichelhaft.“

„Man sagt dies nicht, so oft man Ihr Lob singt, sondern so oft man Sie tadelt.“

„Ah!“

„So ist es, mein Fürst. Man sagt sich — und mir sind derartige Stimmen schon sehr oft zu Ohren gekommen — und da ist ein junger Mann von der vornehmsten Geburt, mit Glücksgütern sicher so weit gesegnet, als es ihm für seine Laufbahn förderlich ist, von wissenschaftlicher Bildung und erlesenen Geistesgaben —“

„Vergessen Sie nicht mein einnehmendes Aeußere, Herr Goluboff“ — sagte lächelnd der Fürst, indem er ein Rebhuhn zerlegte, das ihm der Kellner gebracht hatte.

„Und dieser junge Mann“ — fuhr Stephan Goluboff fort, — „von der Natur mit solchen Vorzügen ausgestattet, sucht, ich bitte Sie nochmals um Verzeihung für meine freimüthigen Aeußerungen, — dieser junge Mann sucht das Ziel seines Ehrgeizes darin —“

„Die Theater zu besuchen, Pferde zuzureiten, den Raunen koketter Weiber zu schmeicheln, sein Geld im englischen Club zu verspielen u. s. w. Nicht wahr, so spricht man?“

„So ungefähr, ja.“

„Das sind die Stimmen von Kaufleuten und Börsenspeculanten, die der Ansicht sind, daß jedes Kapital, ob es nun im Kopf, im Adelsstiel oder in der Geldkassette steckt, nutzbringend angelegt werden müsse.“

„Und hat dieser Satz keine Geltung?“

„Für Sie ja, für mich nicht. Ich sehe nicht ein, für wen ich jenes Kapital auf Zinsen legen soll, das Sie in meinen angeblichen Vorzügen erblickten. Für mich? Glauben Sie, ich würde mich als Gardecapitän oder Gesandtschaftsattaché in Berlin wohl fühlen, als jetzt? Eine derartige Carriere entspricht durchaus nicht meinen Neigungen, folglich trägt sie nichts zu meinem persönlichen Glück bei. Oder für den Staat und für die Gesellschaft? Für diesen Staat und diese Gesellschaft? Wir leben in Rußland, mein Herr.“

„Sie meinen?“

„Ich meine, daß ich, wenn der Zufall meiner Geburt mich z. B. nach England geworfen hätte, sicher eine Arena vorgefunden hätte, in der ich meine Kräfte und meine Talente hätte erproben können. Ich wäre in Oxford wahrscheinlich Mitglied eines Rednerclubs geworden, hätte dann einige Reisen auf dem Continent gemacht, um meine Welt- und Menschenkenntnisse zu bereichern und zugleich die Institutionen aller Culturenationen mehr aus der Nähe zu studiren, und würde mich jetzt auf meine politische Thätigkeit im Oberhause vorbereiten. Aber was habe ich in Rußland zu suchen, was die Mühe der redlichen Arbeit lohnt? Welches Ziel winkt hier dem Ehrgeiz der Jugend, das des Schweißes der Edlen werth ist? Das Leben genießen und es gelangweilt von sich zu werfen, wenn das Geschäft die Kosten nicht mehr deckt, das ist die einzig richtige Philosophie für Diejenigen, die man zu der Blüthe der russischen Jugend rechnet.“ (Fortsetzung folgt.)